



Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie
Postfach 31 80 | 55021 Mainz

Vorsitzender des
Ausschusses für Gesundheit, Pflege
und Demografie
Herrn Dr. Peter Enders, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
55116 Mainz



DIE MINISTERIN

Bauhofstraße 9
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-2452
Mail: poststelle@msagd.rlp.de
www.msagd.rlp.de

16 März 2018

Mein Aktenzeichen
PuK-01 421-2-30/18

Ihr Schreiben vom

Ansprechpartner/-in / E-Mail
Dagmar Rhein-Schwabenbauer
Dagmar.Rhein@msagd.rlp.de

Telefon / Fax
06131 16-2415
06131 1617-2415

18. Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Demografie am 8. März 2018

hier: TOP 10

**Masterplan zur Stärkung der ambulanten ärztlichen Versorgung
Antrag der Fraktionen der SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Vorlage
17/2749**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Dr. Enders,

in der 18. Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Demografie am 8. März 2018 wurde der oben genannte Tagesordnungspunkt mit der Maßgabe der schriftlichen Berichterstattung für erledigt erklärt.

Ich berichte daher wie folgt:

Gut zehn Jahre nach dem ersten Masterplan 2007 hat die Landesregierung am 15. Februar 2018 gemeinsam mit der Kassenärztlichen Vereinigung, der Landesärztekammer, dem Hausärzterverband und der Universitätsmedizin in einer Pressekonferenz ein erweitertes Maßnahmenbündel zur Stärkung der ambulanten ärztlichen Versorgung vorgestellt.



Im Jahr 2011 gab es eine erste größere Fortschreibung des Masterplans und auch danach ist viel passiert. Der neue Masterplan greift auch diese Entwicklungen der letzten Jahre auf und entwickelt die Instrumente weiter. Zum Beispiel das Projekt „Lokale Zukunftswerkstätten zur Sicherung der ärztlichen Versorgung“ oder das PJ-Förderprogramm, also die Förderung des Praktischen Jahres in der Allgemeinmedizin, das das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie im Rahmen des Zukunftsprogramms Gesundheit und Pflege 2020 aufgelegt hat. Das Programm wird in diesem Jahr nun auch auf Studierende jenseits der Landesgrenzen ausgedehnt, wenn sie einen allgemeinmedizinischen Abschnitt des Praktischen Jahres in Rheinland-Pfalz absolvieren.

Auch das Förderprogramm hausärztliche Versorgung des Landes hat die Landesregierung weiterentwickelt und durch eine Änderung der Förderkriterien ausgeweitet. So können seit 1. Januar 2018 in 97 Verbandsgemeinden und verbandsfreien Gemeinden Fördermittel für die Verbesserung der hausärztlichen Versorgung, zum Beispiel die Übernahme von Hausarztpraxen oder die Gründung von Zweigpraxen, in Anspruch genommen werden.

Der Masterplan enthält selbstverständlich auch zahlreiche neue Maßnahmen in ganz unterschiedlichen Handlungsfeldern. Klar ist, dass ein breites Maßnahmenbündel, angefangen bei der Ausbildung über die Fort- und Weiterbildung bis hin zur ärztlichen Berufsausübung, erforderlich ist, um den vielfältigen Herausforderungen bei der Sicherung der ärztlichen Versorgung zu begegnen. Der Fokus liegt auf der hausärztlichen Versorgung, weil aufgrund der Altersstruktur viele Hausärztinnen und Hausärzte in absehbarer Zeit aus der Versorgung ausscheiden werden und hier besonders dringend Nachwuchs benötigt wird. Aber auch die fachärztliche Versorgung wird - so bei der Förderung der Weiterbildung - in den Blick genommen.

Eine Fortschreibung des Masterplans lag unter anderem deshalb nahe, weil sich in den letzten Jahren die bundesrechtlichen Rahmenbedingungen der ärztlichen Versorgung weiterentwickelt haben.



Daher hat die Landesregierung zu Beginn der Legislaturperiode die Weiterentwicklung und Ergänzung des bestehenden Maßnahmenkataloges angestoßen. Das gilt zum Beispiel für den vom Land geförderten Wiedereinstiegskurs für nicht berufstätige Ärztinnen und Ärzte, der in Kooperation mit der Landesärztekammer erstmals im April 2017 durch die Akademie für Ärztliche Fortbildung in Rheinland-Pfalz stattfand. Aufgrund der guten Ergebnisse und der positiven Resonanz auf dieses Angebot ist beabsichtigt, einen weiteren Wiedereinstiegskurs auf den Weg zu bringen.

Ein besonderer Schwerpunkt der Maßnahmen des Masterplans liegt auf der weiteren Stärkung der Weiterbildung, insbesondere im Bereich der Allgemeinmedizin. Mit der erfolgten Gründung der Koordinierungsstelle Weiterbildung Allgemeinmedizin kann nun wirkungsvoll die Einrichtung von Weiterbildungsverbänden, die für eine naht- und reibungslose Weiterbildung sorgen, unterstützt werden. Hier sind wir auf einem sehr guten Weg eine erste Zielmarke von mindestens 10 Weiterbildungsverbänden in Rheinland-Pfalz zeitnah zu erreichen.

Eine gute und strukturierte Weiterbildung in der Allgemeinmedizin ist eine der zentralen Stellschrauben, um mehr Ärztinnen und Ärzte für die hausärztliche Versorgung zu gewinnen. Daher spielt dieser Bereich im Koalitionsvertrag der Landesregierung eine wichtige Rolle und deshalb hatte sich die Landesregierung im Gesetzgebungsverfahren zum GKV-Versorgungsstärkungsgesetz für bessere Rahmenbedingungen in der allgemeinmedizinischen Weiterbildung eingesetzt - wie eine höhere Vergütung der Weiterbildungsassistenten oder auch die Förderung von Kompetenzzentren in der Allgemeinmedizin.

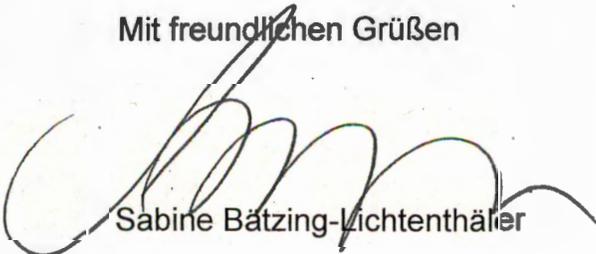
Diese neuen und besseren Rahmenbedingungen werden von den Partnern hier im Land gut ausgefüllt. Das Kompetenzzentrum Allgemeinmedizin an der Universitätsmedizin Mainz hat mittlerweile seine Arbeit aufgenommen. Überhaupt hat die Allgemeinmedizin seit Gründung des Zentrums für Allgemeinmedizin und Geriatrie und Einrichtung einer entsprechenden Professur eine deutliche Aufwertung erfahren. Mit dem „Begleiteten Studieren“ wurde ein Projekt auf den Weg gebracht, das Studierende nachhaltig an die Allgemeinmedizin heranführt.



Auch viele Kommunen möchten einen Beitrag leisten, um die medizinische Versorgung speziell in ihrer Region für die Zukunft zu sichern. Mit dem Projekt „Lokale Zukunftswerkstätten zur Sicherung der ärztlichen Versorgung“, aus dem die Landesregierung in einer Veranstaltung am 4. Juni 2018 gute Beispiele präsentieren wird, hat die Landesregierung die Vernetzung der Akteure und die Entwicklung von Maßnahmen in 20 Regionen unterstützt. Es gibt aber weiteren Unterstützungsbedarf auf kommunaler Ebene. Diesem Bedarf will die Landesregierung mit einem neuen Projekt, einer Beratungsstelle ärztliche Versorgung, Rechnung tragen. Das vom Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie und der Kassenärztlichen Vereinigung gemeinsam finanzierte Beratungsangebot soll grundsätzlich allen Kommunen offenstehen. Es wird bei der Kassenärztlichen Vereinigung angesiedelt und ergänzt dort die bereits vorhandenen Beratungsangebote.

Vor allem die Weiterentwicklung der ärztlichen Ausbildung wird die Landesregierung weiter intensiv beschäftigen. Hier werden in enger Abstimmung zwischen dem Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie und dem Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur die Prozesse zur Umsetzung des Masterplans Medizinstudium 2020 auf Bundesebene begleitet und die Umsetzung in Rheinland-Pfalz vorangetrieben. Weitere, auf Bundesebene angestoßene Änderungen der Rahmenbedingungen, gilt es, auch zukünftig bestmöglich auszufüllen. Das im rheinland-pfälzischen Masterplan formulierte gemeinsame Anliegen der Kassenärztlichen Vereinigung und dem Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie, die Möglichkeiten der Gründung von Eigeneinrichtungen der Kassenärztlichen Vereinigung zu erweitern, wurde von den Koalitionspartnern in Berlin bereits aufgegriffen.

Mit freundlichen Grüßen



Sabine Bätzing-Lichtenthäler